

Thesen zum Thema: Globalisierung und Militarisierung

Bert Gedenk, Emden, Januar 2009

1. Ausgangspunkte

Wenn wir als christliche Kirche aus einem NATO-Mitgliedsland glaubwürdig über den Zusammenhang von Globalisierung und Militarisierung nachdenken wollen, wird unser Blick in der Nachfolge des Herrn dieser Kirche und seinem befreienden Verweis auf den „Balken im eigenen Auge“ gegenüber dem „Splitter im Auge des anderen“¹ zunächst auf die bundesdeutsche bzw. westliche Wirklichkeit und Entwicklung der letzten Jahre fallen müssen und darf sich nicht im allgemeinen verlieren oder an der Praxis anderer Akteure auf der Weltbühne abarbeiten oder sich gar dahinter verstecken.

Die Kirchen der ehemaligen DDR haben schon früh danach gefragt, was es heißt, „Kirche im Sozialismus“ zu sein und von daher ihr theologisches wie friedensethisches Profil geschärft und ihr kirchliches Handeln danach ausgerichtet. Diese Standortbestimmung hat letztlich seinen, wenn auch nicht klar verrechenbaren, so doch unverzichtbaren Teil dazu beigetragen, den Kalten Krieg zu überwinden und die Mauer zu Fall zu bringen.

Die EKD hat dagegen bis heute nicht ausdrücklich danach gefragt, was es heißt, „Kirche im Kapitalismus“ zu sein.² Ohne genaue Beschreibung ihres spezifischen Kontextes bleiben Theologie und Kirche aber zwangsläufig fleischlos und damit auch wirkungslos. Wenn wir an das fleischgewordene Wort Gottes glauben, sind wir immer wieder dazu eingeladen und angehalten, danach zu fragen, „wer Christus heute für uns ...ist“³. Alle Wahrnehmung der Wirklichkeit kann für uns demnach nicht von einem scheinbar neutralen Punkt aus geschehen, sondern vom Gekreuzigten Christus her, vom Leiden Gottes in der Welt. Gott hat sich im Kreuz Christi an die Seite aller Opfer von Gewalt gestellt, sei die Gewalt nun staatlicher, religiöser, privater oder wirtschaftlich-struktureller Natur. Durch die Auferstehung Christi glauben wir daran, dass Gott die Opfer von Gewalt stellvertretend in Jesus Christus ins Recht gesetzt hat und den Weg der Gewalt durch den Weg der Vergebung und Versöhnung beendet und überwunden hat und ihn immer wieder neu für uns und mit uns überwinden will.

Der durch Christus selbst eröffneten vorrangigen Option für die Armen entspricht friedentheologisch und friedensethisch die „vorrangige Option für die Gewaltfreiheit“ im Reden, Glauben und Handeln der Kirche als Licht für alle Welt⁴. Diese Vorrangigkeit darf nicht vorzeitig aufgelöst werden. Sie muß bindend werden für uns, selbst da, wo uns militärisches Handeln bisher noch selbstverständlich erscheint. Sie darf aber umgekehrt gewaltsames Handeln unter bestimmten Bedingungen nicht generell ausschließen in der noch nicht erlösten Welt, damit wir in der jeweiligen Situation wirklich verantwortlich handeln können und die konkrete Wirklichkeit nicht über ein ewiges Prinzip brechen. Was das konkret bedeutet, soll nach einer Analyse unserer augenblicklichen Situation entfaltet werden. Grundsätzlich aber steht jeder Einsatz von Gewalt, offensichtlich selbst der Fall der Notwehr, zumindest für die Jünger Jesu unter dem Wort und der gelebten Praxis Christi, dass der durch das Schwert umkommen wird, der nach dem Schwert greift⁵. Sein Weg war die gewaltlose Unterbrechung, Annahme und Überwindung von Gewalt, selbst in eigener Bedrohung und eigenem Leid. Unsere Begründungen und Rechtfertigungen von Gewalt

¹ Lk 6,41

² Die neue Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“, 2008, wird von kritischen Stimmen eher als „Friedensschluß mit dem Kapitalismus“ gewertet (F. Crüsemann, F. Segbers, U. Duckrow, H. Falcke, Frieden mit dem Kapital?, 2008.). Andere, wie P. Bukowski, weisen daraufhin (Rede am 2. November 2008 vor EKD Synode), dass die biblische Reflexion der Gerechtigkeitsperspektive in der Denkschrift ausgespart geblieben sei und damit nicht nur die Opfer der augenblicklichen Wirtschaftsordnung in unseren Gemeinden leicht übersehen werden können. Die Kirche lasse damit auch die vielen Unternehmer seelsorgerlich allein, die verantwortungsvoll und gerecht handeln wollen, es aber durch die Sachzwänge des Systems nur um den Preis der Selbstzerstörung ihres Betriebes können. Es gebe sicherlich von jeher gesellschaftliche Verwerfungen, die vom Recht gedeckt seien, aber eben nicht im Sinne der betroffenen Menschen und der Gerechtigkeit Gottes seien.

³ Dietrich Bonhoeffer, Brief 30.4.44 in: Widerstand und Ergebung

⁴ Vgl. dazu die neue Grundentscheidung in der Friedensdenkschrift der EKD, Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen

⁵ Mt 26,52

gehen darum in dieser Dimension Gottes niemals auf, sondern werden von ihr immer wieder neu hinterfragt und überboten.

2. Der entfesselte Markt

Die augenblickliche globale Banken-, Finanz- und nun auch immer deutlicher werdende Wirtschaftskrise, ausgelöst durch eine völlig entfesselte, von allen Realwerten abgelöste, durch maßlose Gier angetriebene und durch keine politische Ordnung mehr kontrollierte Dynamik, zeigt, dass dieser Kapitalismus mit dem normalen Austausch von Waren und Dienstleistungen im Spannungsfeld von Angebot und Nachfrage nichts mehr zu tun hat, sondern selber eine eigengesetzliche und damit gewaltsame, kriegerische Kultur geworden ist, die keine Rücksicht nimmt auf ihre auf Opfer, und die die Konsequenzen für das Leben aller Geschöpfe dieser Erde aus ihrer Wahrnehmung und Gestaltung der Welt systematisch ausgeblendet hat. Der Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung vollzieht sich nicht ausschließlich aber weitgehend nach diesem Muster. Will die Kirche in diesem Kontext glaubwürdig und handlungsfähig werden, muss sie zunächst ihre je eigene finanzielle und ideologische Verstrickung in dieses System erkennen und bekennen, die herrschenden Todesmächte und Geister im Namen des lebendigen Gottes benennen und daraus die nötigen Handlungsfelder und Handlungsoptionen entwickeln, die zu mehr Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung führen und dem augenblicklich herrschenden Recht des Stärkeren die Stärkung des Rechts entgegenstellen.

3. Globalisierung und Militarisierung

Man kann die aktuelle Entwicklung des Marktes nicht von der Entwicklung neuer militärischer Waffen und Strategien abkoppeln. Die Globalisierung der Märkte und die zunehmende Militarisierung politischen Handelns müssen als zwei Seiten derselben Medaille in den Blick genommen werden. Fehlende internationale Regel- und Ordnungsinstrumente, Armut produzierende Handelsbedingungen und interessegeleitete Kreditvergabe durch die einseitige Dominanz der Industriestaaten bei IWF und Weltbank und sich gegenseitig bedingende Konzerninteressen hier und Korruption der Eliten in den Rohstoffländern dort, haben zusammen zu einer Zerstörung von Staaten mit zunehmender Privatisierung der Gewalt geführt (Warlords, Terroristen, Piraterie) und eine äußerst labile Gesamtsituation geschaffen.

Die dadurch erzeugten Gewaltpotentiale sollen fast ausschließlich durch militärische Optionen überwunden werden. Weitsichtige und grundlegend neue und nachhaltige politische Initiativen, Strategien und Strukturen zur nichtmilitärischen, zivilen Problembekämpfung sind kaum oder gar nicht erkennbar, weder in den Industrienationen, noch in den Staaten des Südens. Im Gegenteil: Die Milliardenkredite aller Regierungen der westlichen Welt an die gescheiterte internationale Finanzwirtschaft stehen schon jetzt im Verdacht, dem Drogenkranken nur den nächsten „Schuss“ finanziert zu haben, ohne ausweisbaren therapeutischen Nutzen oder gar eine Aussicht auf Heilung.

Je weniger aber die Teilhabe aller an Handel und Wandel, und je schwächer die demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen der Entwicklungs- und Schwellenländer, desto größer der polizeilich und militärisch notwendige Aufwand zur Absicherung des krisenanfälligen Status Quo samt der Privilegien seiner Nutznießer. Und je stärker wiederum der Einsatz militärischer Gewalt, desto geringer die Teilhabe und Demokratisierung der Lebensverhältnisse der Menschen, umso größer aber das Maß von Gewalt freisetzender Unterdrückung der Massen und die Gefahr neu aufkeimenden Terrors.⁶

⁶ Die historischen Parallelen dieses sich letztlich selbst zerstörenden Systems zeigt schon Klaus Wengst (Pax Romana – Anspruch und Wirklichkeit, 1986) in seiner Analyse des Imperium Romanum und seinem Programm der Befriedung der Völker „von oben“ im militärischen, politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen, kulturellen und religiösen Handeln Roms. Die Ähnlichkeit Roms mit heutigen Verhaltensweisen und Entwicklungen, insbesondere der westlichen Welt unter Führung der USA, ist geradezu atemberaubend.

Die in den vergangenen Jahren enorme Vergrößerung der Militärhaushalte der USA und Europas⁷ ist ebenfalls eine Ursache für die Austrocknung der sozialen Sicherungssysteme bei uns und in den Ländern der südlichen Hemisphäre und damit Ausdruck struktureller Gewalt durch Verarmung und Verelendung der betroffenen Menschen.

4. Bündnistreue

Wir können unsere Wirklichkeit ebenfalls nicht ablösen von den Bündnissen, in denen unser Land eingebunden ist. Kontext unserer Überlegungen zur Militarisierung ist die Einbindung Deutschlands in die NATO, deren militärische und politische Führungsmacht die USA sind. Das Bundesverfassungsgericht hat die Einbindung Deutschlands in dieses Bündnis und die sich daraus ergebenden Bündnisverpflichtungen über die Bedeutung des ursprünglichen Auftrages der Bundeswehr gestellt, zur schlichten Landesverteidigung da zu sein. Bündnisverpflichtungen stehen damit über eigenen politischen Erwägungen und binden diese. Dieses eher politisch als juristisch motivierte Grundsatzurteil, das eine schon bestandene Praxis im Nachhinein abzusichern suchte, wird von einem breiten politischen Konsens fast aller im Bundestag vertretenen Parteien getragen. Wenn wir über die bundesdeutsche oder auch europäische Wirklichkeit und Praxis reden wollen, müssen wir also konsequenterweise über die NATO und ihre Führungsmacht reden, andernfalls reden wir an der eigenen Wirklichkeit vorbei. Auch alle NATO-Entscheidungen der vergangenen Jahre sind von den verschiedenen deutschen Regierungen unabhängig von ihrem politischen Selbstverständnis mitgetragen worden und stehen bis heute unwidersprochen in Geltung.

5. Eine neue Strategie

Prägend für die Entwicklung der vergangenen Jahre ist vor allem die Änderung der NATO-Strategie im April 1999 durch die Regierung Clinton, zwei Jahre vor dem Anschlag auf das World Trade Center.⁸ Der 9. September 2001, von vielen als „Zeitenwende“ verstanden, war damit nicht der Grund für diesen Strategiewechsel. Er bot nur den Anlass, diesen weiter voranzutreiben und die Bekämpfung des Terrorismus nun als vorrangiges Ziel auszugeben.⁹ Man wird sicherlich nicht sagen können, dass die Bekämpfung des internationalen Terrors nicht auch ein tatsächliches Motiv westlicher Außen- und Sicherheitspolitik war und ist. Doch die kommende Entwicklung zeigt eine andere Tendenz auf. Und die Frage eigener geheimdienstlicher, staatsterroristischer Aktivitäten z.B. der USA in Lateinamerika, auf Guantanamo oder in anderen Regionen der Welt ist bis heute im Bündnis eher verharmlost als offen kontrovers ausgetragen worden.

⁷ Nicht nur der Rüstungsetat der USA ist durch die Kriege in Irak und Afghanistan regelrecht explodiert (vgl. dazu die SIPRI Jahrbücher 2002-2008). Auch die Rüstungsausgaben Deutschland sind im Jahr 2008 im Haushaltsansatz um 500 Mio € auf 29,3 Mrd € gestiegen. Die mittelfristige Finanzplanung des Einzelplans 14 sieht eine weitere Steigerung der Ausgaben um 1 Mrd € bis 2011 vor (vgl. Claidia Haydt, IMI Magazin 02/08) Die versteckten Rüstungsausgaben sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. So wird z.B. die US-Nuklearrüstung und die Geheimdienste aus dem Haushalt des Energie- und Außenministeriums finanziert, der Militärtransporter Airbus 380 M über das Bundesforschungsministerium bzw. aus der Wirtschafts- und Technologieförderung finanziert (Vgl. Bundeshaushalt 2008 und P. Pupp. Junge Welt, 12. Juni 2007: „Friedensinstitut SIPRI untertreibt beim tatsächlichen Rüstungsumfang der USA“). Dass Europa mittlerweile 30% der Weltrüstungsexporte betreibt und Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande unter den weltweit 10 größten Waffenexporteuren zu finden sind, besagt vielleicht weniger über unsere Ausgabenpolitik, aber viel über die wachsende europäische Ungehemmtheit im Verdienen von Geld durch den Tod anderer und eine weiter abnehmende Sozialbindung des Geldes in den Abnehmerländern.

⁸ Dies ist deshalb von großer Wichtigkeit, weil damit die Bekämpfung des Terrors als Grund des Strategiewechsels zumindest relativiert wird.

⁹ Dass dieser Kampf ein notwendiger Kampf ist, soll hier nicht bestritten werden. Dieser Kampf muß aber vorrangig mit politischen Mitteln ausgefochten werden und kann niemals ein gewinnbarer „war on terror“ sein, weil man Kriege nur gegen Staaten führt, aber nicht gegen einen unsichtbaren, ungleichen Gegner. Das Mittel des Krieges ist deshalb schon ein hilfloses und kontraproduktives Mittel, weil es mit jeder kriegerischen Gewalt die Opferbereitschaft der Terroristen als Märtyrer stärkt und neue Generationen von Terroristen züchtet. Der „war on terror“ wird schon deshalb keine Chance haben, weil er ein Widerspruch in sich selber ist und die Wirklichkeit seines Feindes nicht angemessen in den Blick bekommt oder bekommen will.

Die neue Strategie entwickelte sich durch den Zerfall des Warschauer Paktes und das Ende des kalten Krieges 1989. Nun war die NATO eigentlich bedeutungslos geworden und suchte nach einer neuen Identität. Da ihre Auflösung gegenüber der des Warschauer Paktes nie politische Option war, musste nun ein neues Aufgabenfeld gesucht und beschrieben werden. So wurde das militärische Selbstverständnis der NATO um den Auftrag zur weltweiten Krisenbewältigung erweitert. Diese Krisenbewältigung bezog sich nicht nur auf „ethische und religiöse Rivalitäten, Gebietsstreitigkeiten, unzureichende oder fehlgeschlagene Reformbemühungen, die Verletzung von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten“¹⁰ Der Krisenfall sollte nun auch gegeben sein, wenn „Risiken umfassender Natur berührt werden, eingeschlossen Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie zur Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen“. Die NATO will sich mit diesem umfassenden und ehrgeizigen Programm als „Weltpolizei“ empfehlen, die künftig weit über den normalen Bündnisfall hinaus aktiv werden soll. Damit verändert sich das Handlungsmuster der NATO grundsätzlich. Aus dem Konzept reaktiver Gewaltanwendung im Verteidigungsfall wird das Modell präventiven, auch militärisch präventiven Handelns im Vorfeld künftiger Konflikte. Das braucht nicht generell als aggressiver Akt gedeutet zu werden. Der Fall ist ja denkbar, dass durch NATO-Schutztruppen in einem fremden Land der Ausbruch eines Bürgerkrieges tatsächlich verhindert werden kann. Es muss aber als aggressives Handeln verstanden werden, wenn die Wahrung der Menschenrechte und andere humanitäre Ziele in einer Reihe mit dem Eigeninteresse der Rohstoffsicherung genannt werden. Das ist bei der Formulierung der neuen Strategie geschehen. Dem entspricht die tatsächliche Zurückhaltung der NATO z.B. im Bürgerkrieg Kongos, wo humanitäre Einsätze offenbar weniger wichtig erschienen und erscheinen als im Kosovo oder in Afghanistan.

6. „Energiesicherheit“ – der zukünftige Dreh- und Angelpunkt westlicher Politik

War im April 1999 die Sicherung der Rohstoffquellen noch ein Ziel neben den anderen Zielen, so gewichtet der US National Energy Report vom Juni 2001 unter Vorsitz des ehemaligen Verteidigungsministers und damaligen Vizepräsidenten Dick Cheney - drei Monate vor dem 9. September 2001 - das Ziel der Bush Regierung noch einmal neu: „Die nationale Energiesicherheit der USA hängt ab von ausreichender Unterstützung des amerikanischen und globalen Wachstums...Wir können unsere eigene Energiesicherheit und die allgemeine Prosperität der Weltwirtschaft dadurch stärken, dass wir eng mit anderen Staaten zusammenarbeiten, um die Weltproduktion von Energieträgern zu erhöhen. Wir sehen es als unseren Auftrag an, die Schaffung von Energiesicherheit zur obersten Priorität unserer Außenhandels- und Außenpolitik zu machen.“¹¹ Natürlich bedeutet diese Konzentration der Außen- und Sicherheitspolitik auf die Energiesicherheit nicht gleich die militärische Aneignung von Rohstoffen. Da aber 70% der wichtigsten Rohstoffreserven der Erde in Gebieten liegen, die weder USA noch NATO kontrollieren, verlangt das Primat der Energiesicherheit eine größtmögliche, wenn nicht totale diplomatische, politische, geheimdienstliche und eben auch militärische Kontrolle des Erdballs, insbesondere des nahen Ostens und der Eurasischen Platte, die sich um das Kaspische Meer legt. Hier liegen die zweitgrößten Öl- und Gasreserven der Welt. Zudem nimmt die Region im Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Russland, China und Vorderasien geopolitisch eine Schlüsselposition ein. Wer von den aufstrebenden neuen Märkten profitieren will, die noch unerschlossenen Rohstoffquellen, die Transportwege und Versorgungsketten für den eigenen Bedarf „schützen“ und nutzen will, muss diese Region in Zukunft beherrschen.

¹⁰ alle folgenden Dokumentzitate nach Conrad Schuhler, Neue Militärstrategien, isw Report 69/70; München 2007

¹¹ Ähnlich formuliert der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso am 20. Nov. 2006 in der Eröffnungsrede der External energy conference in Brüssel: „In fact, the external dimension of Europe's common energy policy is so important that I would like to make clear today my intention to make energy a central issue...“

Es fällt zudem auf, dass bei allen Äußerungen dieser Art der Energiehunger der westlichen Industriegesellschaften als scheinbar natürliche, unhinterfragbare Größe stets vorausgesetzt wird. Dieser Umstand lässt leicht den Eindruck entstehen, als bestünde auf Seiten der Industrieländer ein „natürliches Recht“ auf die Rohstoffe der anderen. Dass hier ein großes Konfliktpotential liegt mit der latenten Gefahr schneller, gewaltsamer „Lösungen“, liegt auf der Hand. Der Wille zur gewaltsamen Aneignung ist durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA im Irak unter Beweis gestellt worden. Alle nachgeschobenen Begründungen dieses Krieges durch die US-Regierung haben sich selbst ad absurdum geführt und konnten das eigentliche Ziel des ungehinderten Zugriffs auf die Ölquellen nicht verschleiern.

7. Alter Wein in neuen Schläuchen?

Während die Bush- Regierung in der Frage der Energiesicherheit den Alleingang wagte, damit innenpolitisch scheiterte und sich außenpolitisch isolierte, wird Obama nach Wortlaut seines Beraters Zbigniew Brzezinski¹², ehemaliger Sicherheitsberater unter Präsident Carter, voraussichtlich die Partner der NATO mit einbeziehen. Es steht aber zu befürchten, dass sich am Ziel selber und vielleicht auch an den eingesetzten Mitteln zur Erreichung des Ziels wenig ändern wird. Soviel „Change“ ist wohl nicht zu erwarten. Das bestätigt auch die frühe Ankündigung Obamas im Wahlkampf, sich zwar aus dem Irak möglichst bald zurückzuziehen, die Aktivitäten in Afghanistan aber zusammen mit den Verbündeten massiv zu verstärken.

Ein Blick auf den Globus mag zeigen, warum Afghanistan trotz seiner Rohstoffarmut für den Westen so bedeutsam ist. Um die Aufrichtung von Menschenrechten und „nation building“¹³ geht es dort in erster Linie nicht, jedenfalls nicht nur.¹⁴ Aktivitäten und Erfolge in diesem Bereich sollen hier gewiß nicht kleingeredet werden, wenngleich allein der weiterhin unkontrollierte und expandierende Opiumhandel, die seit 2001 zunehmende Verarmung der Landbevölkerung, die Korruption der vom Westen unterstützten afghanischen Regierung und die Zerstörung des afghanischen Binnenmarktes durch die Einfuhr westlicher Waren dieses „nation-building“ massiv konterkarieren.

Die Probleme sind militärisch nicht zu lösen. Aber wirksame zivile Lösungsansätze sind auch nach 8 Jahren Einsatz nicht wirklich entwickelt worden. Dieses Defizit scheint für die Chefstrategen aber eher zweitrangig zu sein, wenn man die dort eingesetzte Energie mit dem militärischen Aufwand vergleicht. Das wird verständlich, wenn man den Worten der Vordenker in Washington Glauben schenkt.¹⁵ Demnach geht es in Afghanistan geostrategisch vor allem anderen um die Bildung einer starken Klammer zur Kontrolle der Eurasische Platte. Die eine Seite dieser Klammer bildet die seit Jahren forcierte EU- und NATO-Osterweiterung, die andere Seite das besetzte und dienstbar gemachte Afghanistan und die schon ins Auge gefassten Südrepubliken der ehemaligen UdSSR. So soll offenbar die westliche Präsenz in Vorderasien ausgebaut und gefestigt werden. Ob Obama als Präsident der wirtschaftlich stark geschwächten USA auf diesen Einflussfaktor verzichten wird, darf bezweifelt werden. Es bleibt zu hoffen, dass er zivile Mittel zur Realisierung seiner Interessen wählt, in gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Europäern und Russland. Die angekündigte Aufstockung der US-Truppen in Afghanistan wird nur dann diesem zivilen Ziel dienen können und dem Aufbau des Landes nutzen, wenn OEF sich

¹² vgl. Schuhler, ebd

¹³ Das „nation building“ scheitert nach Ansicht des ehemaligen Oberstarztes der Bundeswehr, Dr. R. Erös allein schon daran, dass Militär und Hilfsorganisationen in den weitzügigen ländlichen Gebieten Afghanistans kaum aktiv sind. Gerade aus der verarmten, vergessenen und enttäuschten Landbevölkerung rekrutieren sich aber die Taliban. Aus Sicherheitsgründen ist die dauerhafte und nachhaltige Präsenz von Militär und Hilfsdiensten in diesen Gebieten weitgehend aufgegeben worden. (vgl. R. Erös, Unter Taliban, Warlords und Drogenbaronen – eine deutsche Familie kämpft für Afghanistan)

¹⁴ Auch das Einsatzkonzept der Bundeswehr in Afghanistan war von Anfang an unklar oder wurde durch die Bundesregierung unklar gehalten. Ein klares Ziel-, Mittel- und Ausstiegsszenario ist bis heute nicht zu entdecken. So konnte in der Öffentlichkeit leicht der Eindruck entstehen, „Dabei sein ist alles“, vielleicht auch, um über den dortigen „Antiterrorereinsatz“ einen baldigen Sitz im Weltsicherheitsrat zu erwirken, was bei Einsatzbeginn der Bundeswehr 2001 ganz oben auf der Agenda der Bundesregierung stand.

¹⁵ Vgl. Schuhler, ebd

unter das Dach der UNO begibt und die USA damit auch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anerkennen.

8. Übungsfeld Afghanistan

Der Afghanistankrieg von OEF und ISAF muss darum als Brennpunkt und Testfall für die neuen Strategien begriffen werden. Anders ist auch das fast schon zwanghafte Festhalten an diesem Einsatz und die ständige personelle und materielle Aufrüstung von OEF und ISAF trotz gleichzeitig wachsender Unruhen und zunehmender Anschlagsserien nicht zu erklären. Je mehr Soldaten eingesetzt werden, desto unsicherer und bedrohlicher ist die Lage tatsächlich geworden.¹⁶ Kritische Militärs mit Offiziersrang gehen längst davon aus, dass der Afghanistaneinsatz militärisch und zivil gescheitert ist. Dennoch hat der deutsche Bundestag das deutsche Kontingent mehrfach aufgestockt ohne aber die Grundwidersprüche des Einsatzes zu lösen. So müssen die deutschen Soldaten immer mehr Kräfte aufwenden für den Selbstschutz. Für die Bekämpfung des Terrors oder die Befriedungs- oder Aufbauarbeiten ist immer weniger Zeit und Kraft vorhanden. Die Zivilbevölkerung differenziert zudem immer weniger zwischen dem eigenmächtigen und mitunter selbtherrlichen Handeln von OEF¹⁷ und dem von den UN verantworteten ISAF-Einsatz.

Die wachsende Zahl der billigend in Kauf genommenen zivilen Opfer, jeder mit 500 Dollar „Entschädigung“ von den Alliierten „beglichen“, spricht eine eigene Sprache. Aus Befreiern sind längst lästige oder verhasste Besatzer geworden. Selbst die meisten Nichtregierungsorganisationen haben ihren Ruf in Afghanistan durch ihre westliche Arroganz verspielt, auch durch Nichtbeteiligung und Bevormundung der afghanischen Menschen bei Zivilprojekten, durch die Verbreitung von Pornographie und Prostitution in der Nähe der großen Residenzen der Hilfsdienste in Kabul und durch die nachgewiesene Zusammenarbeit vieler Hilfsdienste mit westlichen Geheimdiensten wie im Fall der USAID und CIA oder der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit und dem BND.¹⁸

Das Übungsfeld Afghanistan droht zu scheitern. Ein „Mehr-desselben“ allein wird die Grundfehler nicht ausbügeln können. Entweder hat es von Anbeginn an weder ein konkretes verantwortliches politisches Einstiegs-, Durchführungs- und Ausstiegsszenario für den Afghanistaneinsatz gegeben. Oder das „nation building“ und die Bekämpfung des Terrorismus war immer nur halbherzige Intention oder gar nur Fassade für die eigentlichen geostrategischen Interessen des Westens, an denen nach wie vor festgehalten wird, offenbar bis zum bitteren Exzess. Der dahinterstehende Traum scheint immer noch verlockend genug: „Im Laufe der nächsten Jahre könnte somit eine funktionierende Struktur weltweiter Zusammenarbeit, die auf den geopolitischen Gegebenheiten gründet, entstehen und allmählich die Insignien des derzeitigen Herrschers der Welt annehmen (nämlich der USA, B.G.). Ein geostrategischer Erfolg dieser Zielsetzung wäre dann die durchaus angemessene Erbschaft, die Amerika als erste, einzige und letzte echte Supermacht der Nachwelt hinterlassen würde.“¹⁹

In jedem Fall sind es auch deutsche Soldaten, die für diese Planspiele, wahrscheinlich im guten Glauben an ihre Regierung, ihr Leben gelassen haben und noch lassen werden. Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die evangelische Seelsorge unter den Soldaten und Soldatinnen? Beschränkt sie nur auf religiös motiviertes „Krisenmanagement“²⁰ für Verletzte und Hinterbliebene? Steht sie noch in kritischer Solidarität zu ihrem Umfeld? Fördert sie den kritischen Diskurs unter den Soldaten? Begünstigt ihre jetzige Ordnung die Freiheit der Verkündigung?

¹⁶ Wenn schon der Bundeswehrverband im Herbst 2008 die sträfliche Vernachlässigung des zivilen Aufbaus gegenüber dem Aufwand militärischer Mittel beklagt, scheinen Zweifel an den offiziell genannten Zielen wohl angebracht, zumindest aber am Gesamtkonzept dieses Krieges.

¹⁷ vgl. auch dazu die Erfahrungen des ehemaligen Bundeswehroffiziers Erös, ebd.

¹⁸ vgl. dazu besonders Erös, ebd.

¹⁹ Z. Brzezinski, *Zweite Chance*, S.307

²⁰ Ausdruck eines reformierten Militärseelsorgers auf die Frage nach dem Schwerpunkt seiner Arbeit bei Auslandseinsätzen

9. Militarisierung Europas

Trotz der Gedanken führender US-Politiker dürfen die USA nicht als die einzige kriegstreibende Macht angesehen werden. Die Ausführungen des europäischen Verfassungsvertrages, insbesondere zur Aufgabe und Ausgestaltung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, die die ständige militärische Aufrüstung der Mitgliedstaaten erstmalig in der Geschichte in den Rang eines Verfassungszieles erhoben und dafür eigens eine „Europäische Verteidigungsagentur“ zur Gestaltung dieser Zielvorgabe eingerichtet haben, sprechen eine ähnliche Sprache. Dass das Europäische Parlament laut Verfassungsvertrag in Rüstungsfragen „regelmäßig gehört“²¹ werden soll, zeigt vielleicht den guten Willen der Vertragsautoren, wird aber letztlich die echte demokratische Kontrolle aller außen- und sicherheitspolitischen Aktivitäten der EU verhindern. Dabei ist es unerheblich, ob die EU damit eigene machtpolitische Akzente setzt gegen die militärische Dominanz der USA und den von der Bush Regierung gepflegten gefährlichen Unilateralismus, oder ob sie in Ergänzung zu ihr aktiv wird. Die militärische Sicherung der Rohstoffquellen als Grundlage unseres Wohlstandes droht damit im gesamten Westen zum dominierenden Inhalt und Ziel der Politik zu werden.

Die Sicherung von Wohlstand scheint einerseits legitim, vor allem, wenn sie in globaler und nicht nur in nationaler Perspektive betrieben wird. Im Rahmen einer westlichen Konsumgesellschaft, in der der Verbrauch von Gütern als Lebensmittel aber längst selber zum Lebenssinn mutiert ist und immer neue Bedürfnisse geweckt werden, zugleich aber Verarmung, Vereinsamung und Verblödung wachsen, werden wir nicht umhin können, auch eine Debatte darüber zu führen, was denn wirklicher Wohlstand für uns ist und wie friedensfähig das Verständnis von Wohlstand ist, das uns bisher geleitet hat. Wenn wir unter Wohlstand weiterhin nur grenzenlosen Konsum verstehen, dann wird auch dieser Wohlstand zu einem kriegerischen Gott, dem wir alles zu opfern bereit sein werden, auch den Frieden. Unter den jetzigen Bedingungen droht die Sicherung von Wohlstand ein Zweck zu werden, der jedes Mittel heiligen wird. Wenn das geschieht, ist unser Wohlstand selber eine Quelle von Militarisierung und Krieg, ganz unabhängig von Tod und Elend, das er an anderer Stelle ohnehin erzeugt. Vor allen ethischen Fragen steht damit die grundsätzliche theologische Frage nach den Mächten und Herren, denen wir dienen. Wo wird diese Frage im kirchlichen und gesellschaftlichen Leben unseres Kulturkreises laut? Und wie werden wir sie friedensstauglich beantworten?

10. Präventivkrieg und „kleiner“ Atomkrieg - eingeschränkte Pressefreiheit

In einer Rede vor Absolventen der Militärakademie Westpoint im Juni 2002 betont US-Präsident Bush, die Amerikaner hätten „jederzeit bereit zu sein, um ohne Zeitverlust in jedem Winkel der Erde zuschlagen zu können. Unsere Sicherheit verlangt von allen Amerikanern, resolut nach vorn zu schauen und bereit für präventive Schläge zu sein... Wir müssen die Schlacht auf dem Boden der Feinde führen, ihre Pläne vereiteln und den schlimmsten Bedrohungen begegnen, bevor sie auftauchen.“²² Mit anderen Worten: Angriff ist die beste Verteidigung. Die NATO hat 2002 auf diese neue US Strategie mit dem Aufbau einer eigenen, schnellen Eingreiftruppe (Nato Response Force) zur weltweiten schnellen Durchführung von präventiven militärischen Handlungen reagiert. Anfang 2007 standen für diesen Zweck bereits 25.000 Soldaten und Soldatinnen zur Verfügung. Deutschland hat als NATO-Mitglied diesen Plänen und Beschlüssen zugestimmt. Den unbedingten Willen zum „präventiven“ Eingreifen haben die USA und ihre Verbündeten nicht nur im Irak unter Beweis gestellt. Im September 2002 erhebt der US-Präsident auch das Recht auf den atomaren Erstschlag als „Präventivmaßnahme“ im Rahmen der neuen Nationalen

²¹ Art I-40, 8 des Verfassungsvertrages

²² Vgl. Schuhler, ebd

Sicherheitsstrategie (NSS). Dabei ist besonders an den Einsatz taktischer Nuklearwaffen gedacht, die, unterirdisch gezündet, eine Bunker zerstörende Wirkung haben. Diese „mini nukes“ sollen bei einem eventuellen Krieg gegen den Iran zum Einsatz kommen. Ob sie in den Bergen Afghanistans schon eingesetzt worden sind, lässt sich nicht genau sagen.

Zum massenhaften Einsatz ist aber schwach angereicherte Uranmunition gekommen, die nachweislich zu schweren Missbildungen bei Neugeborenen führt und deren feiner Staub Jahrhunderte lang strahlen wird. Vom Wind über weite Regionen verteilt, hat dieser Staub die Lungenkrebskrankungen bei Erwachsenen im ehemaligen Jugoslawien, im Irak, in Afghanistan und der Ost-Türkei in die Höhe getrieben. Diese Munition tötet Menschen weit über das Kriegsende hinaus. Sie bedeutet im Grunde die faktische Verlängerung des Krieges ins Unabsehbare. Mit ihr wird die klassische vertragliche Beendigung eines Krieges ad absurdum geführt, denn das Töten hört trotz Waffenstillstandsabkommen oder Friedensvertrag nicht auf. Es sind nicht irgendwelche Schurkenstaaten, es waren die USA und die NATO, die diese Munition erstmalig eingesetzt haben.

Unsere Medien haben eine seriöse Information und Dokumentation über diese neue unheimliche Qualität von Waffen bisher weitgehend vermieden oder verhindert. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind durch die parteipolitische Besetzung aller Schlüsselpositionen dem politischen Mainstream verpflichtet. Bei den Printmedien sind die Entwicklungen ähnlich. Und die privaten Sender haben nur kommerzielle Interessen. Da wirkt kritisches Gedankengut geschäftsschädigend. Umgekehrt hat die Rüstungslobby über Sender wie N24 einen direkten Zugang zum Publikum gewonnen und begeistert die Jugend mit der Faszination und Präzision moderner Waffentechnik.

Von freier und unabhängiger Berichterstattung über militärische Aktionen kann bei alledem nicht mehr die Rede sein. Durch seine neue geschickte Einbettung in die militärischen Strukturen ist der Journalismus selber zum Teil der Kriegsführung geworden. Der schleichende Abbau der Pressefreiheit ist ebenso eine Folge der Militarisierung unserer Gesellschaft. Die Wahrheit stirbt im Krieg zuerst. Wie muß kirchliche Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit in einem solchen Kontext aussehen?

11. Raketenschild und atomarer Erstschlag

Wichtiger Bestandteil der atomaren Erstschlagsoption sind die von den USA u.a. in Polen und Tschechien neu stationierten Raketenschilde. Sie wurden offiziell als Schutz vor einer Bedrohung aus Irak/Iran oder Nord-Korea aufgestellt. Tatsächlich ist die Ausstattung und Reichweite dieser Waffen für diesen Zweck untauglich. Sie machen aber durchaus in einem ganz anderen Zusammenhang einen Sinn. Was der Raketenschild tatsächlich leisten kann, ist die gezielte Abwehr der wenigen, bei einem atomaren Erstschlag der USA zurückfliegenden übriggebliebenen Atomwaffen Russlands, die man mit dem Erstschlag nicht hat ausschalten können. Der Raketenschild kann sie ausschalten. Er fördert damit die atomare Erstschlagskapazität der USA und erhöht die Wahrscheinlichkeit eines tatsächlichen Einsatzes von Nuklearwaffen, zumindest aber die politische Erpressbarkeit von Nicht-Atomstaaten und auch aller anderen Nuklearmächte. Die USA wollen sich mit Raketenschild und Erstschlagsdoktrin nach eigenem Bekunden zur letzten Größe und Instanz in der Frage der militärischen Gewalt machen, mit Duldung der NATO!

Dabei wurde die Verstimmung und Verunsicherung Russlands billigend in Kauf genommen. Zugleich haben die USA durch das Projekt bewusst oder unbewusst einen politischen Keil zwischen die Mitgliedstaaten Europas getrieben, Europa geschwächt und den Graben zwischen Russland und Europa wieder vertieft. Der ideologische Streit mit Russland im Kalten Krieg ist somit nicht beendet, sondern umgewandelt und abgelöst worden durch den Kampf um Einflussphären und Rohstoffe.

Was bedeutet es für uns theologisch, wenn die Führungsnation unseres Kulturkreises und die dort angegliederten Organisationen sich als letzte Instanz verstehen, als Herr der Welt, als Herr über Leben und Tod? Welche Auswirkungen hat das auf unsere Verkündigung? Was bedeutet das für unsere Kontakte zu den Kirchen in den USA? Wie müssen wir unser öffentliches Auftreten in Politik und Gesellschaft gestalten? Und was sagt das immer noch weitgehende kirchliche Schweigen über unsere Abhängigkeit und Verstrickung in die bestehende politische Kultur und ihre Ideologien? Welchem Herrn dienen wir wirklich? Wie kann man die weltweite Ächtung und Vernichtung aller Atomwaffen voranbringen? Wie muß der Weg der Kirchen konkret beschrieben werden im Spannungsfeld von Römer 13 als deutlicher Absage an jede schwärmerische Auflösung staatlicher Gewalt einerseits, und Offenbarung 13 und ihrer Beschreibung des Staates als Menschen fressendem Tier und Götzen aus dem Abgrund andererseits? Ein Ausweg aus der festgefahrenen Imperiumsdebatte kann m.E. nur gelingen, wenn wir je nach Kontext beide theologischen Traditionen für unsere Gegenwart fruchtbar machen.

12. Unverwundbarkeit oder gemeinsame Ordnung?

Europa musste schon früh lernen, in der politisch und kulturell höchst mehrdimensionalen Wirklichkeit eines „Durchgangskontinentes“ den Dialog zu pflegen statt die totale Abschottung. Doch zumindest hinter dem geostrategischen Gesamtkonzept der USA, das die EU bisher unwidersprochen in Geltung stehen lässt, steckt der Traum von der eigenen Unverwundbarkeit. Ergänzt wird dieser Traum durch den Glauben an die erlösende und befriedende Macht militärischer Gewalt. Diese Ideologie kennt nur zwei Möglichkeiten: Entweder man handelt militärisch, dann ist man handlungsfähig. Oder man handelt nicht militärisch, dann ist man handlungsunfähig. Zivile oder polizeiliche, auch internationale polizeiliche, also an Recht gebundene Strukturen und Konfliktlösungsoptionen werden so weder wahrgenommen noch können sie je entwickelt werden. Die einseitige Konzentration auf militärische Handlungsmuster verhindert den Aufbau und die ausreichende Finanzierung von zivilen Alternativen und handlungsfähigen Institutionen. So ist z.B. die UNO durch die gedrosselten Beiträge der Mitgliedsländer, allen voran der USA und ihrer außenpolitischen Alleingänge, in ihrer Autorität und Funktionstüchtigkeit systematisch untergraben worden. Dabei ist Friedenspolitik im Zeitalter der Globalisierung vor allem Ordnungspolitik, also der Aufbau internationaler, ziviler, rechtsstaatlicher Organisationen, die dem Weltganzen verpflichtet sind und nicht nur Einzelinteressen wahren müssen. Gerade die reformierte Tradition weiß um die besondere Bedeutung von Ordnungen, die nach Gottes Willen gestaltet werden und das Leben einer Gemeinde oder eines Staates tragen. Es wird darauf ankommen, ob wir die Globalisierung so gestalten können, dass die nationalstaatliche Außenpolitik immer mehr zu einer von den Völkern gemeinsam getragenen Weltinnenpolitik werden kann. Aus dem im Völkerrecht verankerten Selbstverteidigungsrecht eines Volkes, immer noch ein Hintertürchen für die Begründung von Kriegen wie beim „war on terror“, könnten so durch den Gedanken einer internationalen Gewaltenteilung andere Nationen oder Organisationen als die Betroffenen für die Verfolgung und Bestrafung der Gewalttäter in Aktion treten. Regionale oder Internationale polizeiliche Strukturen und Institutionen könnten rein militärische langsam ablösen. Das würde zur Verrechtlichung und Befriedung von Konflikten einen enormen Beitrag leisten. Militarisierung und Globalisierung wären nicht mehr zwei Seiten einer Medaille. Das Recht des Stärkeren würde tatsächlich durch die Stärkung des Rechtes abgelöst. Das wäre noch nicht das Paradies, aber eine echte Alternative zum Glauben an die erlösende Macht militärischer Gewalt, die in der Regel nur neue Gewalt hervorbringt.

Was sagt uns die neutestamentliche Botschaft über den Traum von der eigenen Unverwundbarkeit im Angesicht des Gottes, der die Welt versöhnt hat, indem er sich im Kreuz Christi bewusst verletzbar und angreifbar gemacht hat? Stehen unsere theologischen Inhalte noch in Geltung bei der Wahrnehmung gegenwärtiger Entwicklungen? Und sind sie auch handlungsleitend für alternative Szenarien, einen besseren Frieden zu suchen und zu

wagen als den der eigenen Unverwundbarkeit? Ist dieses Wagnis nur rein individualethisch zu beschreiben oder folgen daraus nicht auch konkrete Struktur- und Ordnungsmerkmale für das gesamte öffentliche Leben, regional, national und international? Welche nationalen und Internationalen Institutionen und Rechtstraditionen müssen dementsprechend umgestaltet werden und von wem? Wenn die nationale Parteiendemokratie sich als ohnmächtig, zu schwerfällig und in ihrer Eigengesetzlichkeit gefangen darstellt, welche öffentlichen Handlungsfelder gibt es daneben oder darüber hinaus? Welche Erfahrungen können wir von den Kirchen der ehemaligen DDR übernehmen im Wechselspiel von öffentlichen Friedensgebeten und gewaltfreien Aktionen in der Öffentlichkeit?

13. Der Begriff der „Sicherheit“

Wurde vor 20 Jahren vielleicht noch von „Sicherheitspartnerschaften“ geredet, so setzt die Dynamik der Globalisierung zunehmend ein Verständnis von Sicherheit frei, das sich von den anderen Abschottet, das eigene Privilegien absichert, ungerechte Machtverhältnisse zementiert und die bestohlenen Armen von den Reichen fernhalten will. Wenn Jesaja von „ruhigem und sicheren Wohnen im Lande“ und von „stolzer Ruhe“ redet (Jes 32), dann spricht er damit gezielt gegen solche Abschottungsstrategien der Stolzen und Reichen, dann predigt er den allzu Selbstsicheren das Zittern, dann macht er den Betroffenen im Namen Gottes bewusst Angst, aus der Erfahrung, dass solche selbstgemachte Sicherheit nicht nur keinen Bestand haben wird, sondern geradezu die Wurzel und der Beginn des Untergangs ist. Sicherheit vor den anderen aufbauen zu wollen ist demnach schon ein Akt des Unfriedens und der beginnenden Verwüstung von Ländern und Menschen. Sicherheit mit den anderen zu suchen im Geiste des Rechtes, das zuerst die Schwachen schützt, die Bedürfnisse der anderen mitberücksichtigt und allen gleichermaßen Anteil gibt an den Gaben des Schöpfers und nicht selbstherrlich über sie allein verfügen will, darin liegt der Beginn der Gerechtigkeit, aus der uns Friede und Sicherheit überhaupt erst erwachsen. Es ist die partizipatorische Sicherheit und der gerechter Friede, der Vertrauen unter den Völkern stiften wird und nicht der trostlose und sündhaft teure Burgfriede, der nur seine eigene Sicherheit und Unverwundbarkeit anbetet.

Wo findet die Präzisierung und Entmythologisierung der Sicherheitsdebatte in unserem öffentlichen Reden und Auftreten als Kirche statt? Wie reagieren wir als Kirche auf die zunehmende Tendenz der Ausweitung von Bundeswehreinsätzen im Inland, z.B. bei polizeilichen Aktionen gegenüber Demonstranten und der damit verbundenen schleichenden Auflösung der demokratischen Gewaltenteilung? Wie verhalten wir uns zu der Anwerbung von jungen Soldatinnen und Soldaten innerhalb der Agentur für Arbeit? Werden die politischen Debatten und Entscheidungen von uns in kritischer Solidarität zu den politisch Verantwortlichen ausreichend und nachhaltig mit dem Evangelium von der letzten Sicherheit allein in Gott bereichert und Fehlentwicklungen korrigiert? Bekommen unsere Gemeinden von der Kirchenleitung ausreichend Orientierungs- und Entscheidungshilfe, damit die aktuellen Friedensfragen nicht im Engagement einzelner Hauptamtlicher erstickten? Wollen wir unsere Gemeinden wie Jesaja noch heilsam ängstigen, müssen wir es nicht geradezu im Angesicht konkreter Kriegsvorbereitungen und -handlungen? Oder ist die Verkündigung von Gottes Wort längst einer therapeutisch wohltemperierten, aber darin eben auch gefährlichen Harmlosigkeit gewichen? Können wir unsere Gegenwart nach allem bisher festgestellten noch als Nachkriegszeit betrachten oder befinden wir uns nicht schon wieder in einer neuen Vorkriegszeit? Welche Hoffnung stellen wir aber dem Fatalismus einer sich ewig wiederholenden Geschichte konkret entgegen? Es ist nicht so wichtig, immer schon die richtigen Antworten zu liefern. Aber es ist notwendig, die richtigen Fragen zu stellen und gemeinsam nach verantwortlichen und friedensdienlichen Lösungen zu suchen. Mit der ersten Einrichtung einer „Konferenz für Friedenarbeit“ 2009 hat der Rat der EKD einen vielversprechenden Ansatz gewagt, um all diese Fragen zu bündeln und einer kreativen und nachhaltigen Bearbeitung zuzuführen.

14. Handlungslinien in biblischer Verheißung

Aus dem bisher Gesagten ergeben sich m.E. drei Handlungsfelder, die mittel- und langfristig neu zu bestellen sind. Individualethisches Friedenshandeln soll dabei nicht ausgeklammert werden. Die Globalisierung braucht aber darüber hinaus einen friedenspolitischen Ordnungsrahmen, der dem Handeln der Völker und ihrer Institutionen neue, vorrangig zivile Handlungsoptionen überhaupt erst ermöglicht. Was besonders in der reformierten Tradition für die Ordnung der Gemeinde als Volk Gottes gilt, das gilt ebenso für die Ordnung der Welt. Diese Weltordnung ist nicht ewig und starr, aber sie ist gleichnisfähig und gleichnisbedürftig für den in Christus geschenkten Frieden und wartet auf menschliche Antwort, die diesem Frieden gerecht werden will. Den Frieden Christi gilt es auch unter den Bedingungen der Globalisierung zu entfalten. Dabei sollen hier weniger konkrete Einzelschritte gefordert als vielmehr eine Gesamtrichtung aufgezeigt werden mit friedensethischen und -politischen Standards, die unserem Tun und Lassen Orientierung geben.

a) Militärische Einsätze

Trotz der vorrangigen Option für gewaltfreie Konfliktlösungsmodelle kann es bis auf weiteres aus Mangel an alternativen Modellen und Akteuren immer noch zur Notwendigkeit militärischer Einsätze kommen, um Formen eskalierter staatlicher oder privatisierter Gewalt zu unterbrechen oder zumindest einzudämmen. Diese ultima ratio bedeutet keine Rechtfertigung von Krieg sondern nur die Wahl des in diesem Fall geringeren Übels. Die Anwendung von Gewalt muß nicht als zeitlich letztes Mittel verstanden werden, sondern als äußerstes Mittel, nachdem alle anderen ernsthaften zivilen Versuche tatsächlich gescheitert sind. Und sie gilt nur solange, bis zivile Konfliktbewältigung wieder wirksam werden kann. Nachhaltige Lösungen können Militäreinsätze per se nicht leisten. Einsätze an Recht gebundener und zu neuem Recht führender Gewalt können darum auch nicht willkürlich gehandhabt werden, sondern müssen konsequent an nachprüfbar Kriterien gebunden sein, damit Willkür und Eigengesetzlichkeit von Gewalt überwunden werden können. Diese Kriterien²³ sind:

- Es muss ein **angemessener Grund** für den Einsatz vorliegen (Völkermord, Verteidigung der Souveränität, Gefährdung der internationalen Sicherheit/des Weltfriedens, massive Menschenrechtsverletzungen, Hungerkatastrophen, Befreiungskrieg gegen Diktaturen)
- Es muss ein internationaler **Konsens der Lagebewertung** vorliegen (UNO-Sicherheitsrat/UNO-Vollversammlung)
- Die internationale Lagebewertung muss **widerspruchsfrei** sein, nicht nur im Urteil der Akteure, sondern auch im Vergleich zu ähnlichen Fällen der Vergangenheit
- Es muss eine **Beauftragung/Mandat** der internationalen Gemeinschaft vorliegen (UNO, bei kleineren Konflikten Regionalorganisationen wie Konferenz afrikanischer oder arabischer Staaten)
- Der Durchführung des Einsatzes muss am **Völkerrecht** orientiert sein.
- Nur die Nationen/Bündnisse können sich an solchen Einsätzen beteiligen, die den **Internationalen Strafgerichtshof** in Den Haag offiziell anerkannt haben
- Die handelnden Akteure müssen dem **gleichen Kulturkreis** wie das Einsatzgebiet entstammen, damit kein zusätzlicher Konfliktstoff in ein Krisengebiet hineingetragen wird.

²³ Vgl. dazu die ausführliche Analyse des Kosovo-Krieges und die Entwicklung brauchbarer Kriterien von M. Haspel, Evangelische Friedensethik und humanitäre Intervention. Nach Haspel ist weder der Kosovokrieg noch die weiteren Interventionen danach eine humanitäre Intervention gewesen.

- Durch UNO-Mandat und multilateralen Charakter der Einsätze sollen **andere Ziele** als die Aufrichtung der Menschenrechte/Aufrichtung staatlicher Strukturen (Rohstoffsicherung etc.) weitgehend **ausgeschlossen** werden.
- Die eingesetzten Mittel müssen der **Verhältnismäßigkeit** unterzogen werden. Alle Strategien und Waffen, die die Zivilbevölkerung, Infrastruktur oder Ökologie nachhaltig schädigen oder zerstören (Massenvernichtungswaffen, Uranmunition, Splitterbomben etc.), sind bei humanitären Einsätzen ein Widerspruch in sich selbst und dürfen nicht zur Anwendung kommen.
- Das Waffenpotential der Akteure muß dementsprechend deutlicher auf **Deeskalation** ausgerichtet und für Angriffskriege unbrauchbar sein. Zivilpersonen und zivile Infrastruktur dürfen nicht direkt angegriffen werden.
- Vor der Anwendung militärischer Gewalt muss ein klares, konkretes, nachprüf-bares Ziel festgelegt werden, wie durch den Einsatz mehr Frieden gefunden werden soll. Das Ende/Ausstiegsszenario muss ebenso klar sein. Wenn keine angemessene Aussicht auf Erfolg besteht, ist der Einsatz sinnlos.

Nur, wenn alle diese Kriterien erfüllt sind, kann ein militärischer Einsatz beim Fehlen anderer Mittel verantwortet werden. Sie müssen international verbindliches Rechtsgut werden. Gerechtfertigt ist ein Militäreinsatz damit vor Gott nicht. Er ist in einer konkreten Situation lediglich das geringere Übel und bleibt ein zu überwindendes Übel. Dementsprechend kann der Militärdienst nicht länger mit dem zivilen Ersatz- oder Friedensdienst auf die gleiche Stufe gestellt werden. Friedensdienst ohne Waffen steht der Vorrangigkeit gewaltfreien Handels näher und ist das deutlichere Zeichen. Diese klare Vorrangigkeit darf von den Kirchen nicht länger verwässert werden.

b) **Mittelfristiger Ausbau und Vernetzung ziviler Konfliktbearbeitung**

Von den augenblicklich 17 europäischen Einsätzen der EU in Krisengebieten sind 4 militärischer und 13 vorwiegend ziviler Natur. Dieses Potential gilt es konsequent weiter auszubauen, um neben dem militärischen Komplex eine mindestens ebenso handlungsfähige und wirkungsvolle zivile Struktur aufzubauen. Nicht nur die Friedensdenkschrift der EKD, auch der europäische Einigungsvertrag von Lissabon zeigt in allen außen- und sicherheitspolitischen Ausführungen schon rein sprachlich eine konsequente Vorordnung ziviler Optionen vor militärischen. Aber eine europäische „Friedensagentur“ in Entsprechung zur bereits eingerichteten „Rüstungsagentur“ fehlt. An der entscheidenden Schnittstelle zwischen Vertragsabsicht und politisch tauglichen Handlungsinstrumenten gibt es derzeit also ein großes Vakuum. Dem entspricht auch die gegenseitige Blockade und Konkurrenzsituation unter den NGO's, von denen Mediatoren und Konfliktberater aus ihren Einsatzgebieten berichten. Die Kompetenzen sind hoch. Aber es fehlt an Personal, an Personalbetreuung während und nach dem Einsatz, inklusive sozialer Absicherung und Wiedereingliederung ins Privatleben nach dem Einsatz. Es fehlt ebenso an ausreichenden Finanzen, einer wirkungsvollen Vernetzung der Akteure und an einem Gesamtkonzept der verschiedenen Akteure untereinander und im Zusammenspiel mit der EU.²⁴ Es ist zugleich fraglich, ob eine europäische Friedensagentur als Organ der EU das leisten kann, was sie leisten soll. Die unterschiedlichen Zivilorganisationen und Friedensfachdienste werden sich nach eigenem Bekunden kaum durch die EU instrumentalisieren lassen. Realistischer scheint der Aufbau einer unabhängigen europäischen Plattform für zivile Konfliktbewältigung mit klaren Strukturen, Aufgabenverteilungen, Fachgebieten und Standards, die für die politisch Verantwortlichen überschaubar und bei Bedarf abrufbar sind. Wer eine Alternative zu militärischem Handeln will, muss für die Politik eine Alternative schaffen oder sie mit ihr zusammen aufbauen. Nur so kann die hoffnungslose Alternative, militärisch handeln oder ohnmächtig bleiben, nachhaltig überwunden werden. Zivile

²⁴ Auf die Möglichkeit und Vielfalt weiterer Aktivitäten verweist die neue EKD-Denkschrift, ebd S. 112f

Konfliktbearbeitung muss politikfähiger gestaltet werden, um sich weiter als ernsthafte Ergänzung und nachhaltigere Alternative zu militärischem Handeln etablieren zu können. Die Gliedkirchen der EKD, die EKD selber und ihre Einbindung in die Konferenz europäischer Kirchen haben hier eine besondere Aufgabe durch ihre eigenen Traditionen, Ressourcen und Netzwerke. In Zusammenarbeit mit den anderen Akteuren der Zivilgesellschaft können sie dafür Sorge tragen, dass der politisch gewollten Vorordnung ziviler Konfliktbearbeitung auch Taten folgen können. Die historische Chance, die der Vertrag von Lissabon eröffnet, muss auf allen Ebenen kirchlichen Leben vorrangig bewusst gemacht, genutzt und gestaltet werden. Es geht dabei nicht darum, dass künftig am europäischen Wesen die Welt genesen wird. Aber Europa kann eigene historische Erfahrungen und Akzente von Subsidiarität und einer durch Recht befriedeten Multilateralität setzen und wird international Vertrauen und positiven Einfluss gewinnen, wenn unser vorrangiges Interesse die Wahrung und die vorsichtige aber beständige Inkulturation der Menschenrechte ist und nicht das Sichern von eigennütziger Macht und Rohstoffen.

Auch innerhalb der Kirchen sind die Möglichkeiten ziviler Konfliktbewältigung noch nicht ausreichend bekannt und in Gebrauch. Notwendig ist ebenfalls ein innerkirchliches Gesamtkonzept zur Friedensbildung vom Kindergarten über den Konfirmandenunterricht bis in die Erwachsenenbildung hinein inklusive Pfarrerausbildung und Schulung der Kirchenleitungen auf allen Ebenen. Die Kirche lebt den Frieden Christi nicht nur vor. Sie bedarf seines Friedens selber, um Licht der Welt sein zu können. Dies darf nicht als Thema gesehen werden, dass zu den anderen Themen nun noch irgendwie dazu muss, bis alle überfordert sind. Es geht vielmehr um eine friedentheologische und friedensethische Neuausrichtung des gesamten kirchlichen Lebens. Das Leitbild des gerechten Friedens kann und soll die ganze Gemeinde durchdringen, ist keine Mehrarbeit, sondern die Qualifizierung und Konzentrierung der bisherigen.

c) Langfristige Perspektiven

Die Globalisierung folgt trotz weitverbreiteter Bekundungen keinem Naturgesetz. Sie ist ein Kulturprodukt und als Werk des Menschen veränderbar und gestaltbar. Erste und langfristige seelsorgerliche Aufgabe der Kirche ist die Entmythologisierung der scheinbaren Allmacht und Übermacht des Systems und der gefühlten Ohnmacht der Menschen im Namen des lebendigen, Recht schaffenden und Recht setzenden lebendigen Gottes.

Um den Prozess der Globalisierung im Sinne des gerechten Friedens zu gestalten, genügen einzelstaatliche Institutionen aber nicht mehr, weder im politischen noch im kirchlichen Kontext. Auf dem Weg von einer nationalstaatlich orientierten Aussenpolitik zu einer internationalen Weltinnenpolitik bedarf es eines neuen Gesamtkonzeptes unter dem Begriff der *global governance*. „Entsprechende Prozesse und Entwicklungen zu fördern, ist auch eine Aufgabe der christlichen Kirchen.“²⁵ Dazu gehört vor allem:

- Die finanzielle und politische Stärkung der UNO durch die Nationalstaaten²⁶
- Verstärkung der internationalen kirchlichen Netzwerke zu den Kirchen der USA
- Die Bindung internationaler Akteure an Völkerrecht und Internationalen Strafgerichtshof
- Abgabe bestimmter staatlicher Souveränität, Unterstellung nationalstaatlicher und außenpolitischer Sicherheitsinstitutionen unter das internationale Mandat der UNO
- Veränderung des Völkerrechtes: bestehendes Recht auf nationale Selbstverteidigung umbauen im Geist einer internationalen Gewaltenteilung, die Vergeltungswünsche kanalisiert, Konflikte entschärft, unbedachtes Vergeltungshandeln überwindet
- Realisierung des internationalen Gewaltmonopols durch konsequenten Aufbau und Ausbau internationaler Polizeistrukturen, langsamer Ersatz für militärische Rüstung.

²⁵ EKD-Denkschrift, ebd S. 80

²⁶ Das Jahresbudget der UN bildet mit 1,9 Mrd US Dollar einen winzigen Bruchteil der Rüstungsausgaben der Mitgliedsstaaten

- Einfrieren der augenblicklichen Rüstungsetats, Umbau der NATO, Aufbau eines gleichwertigen Etats für zivile Konfliktbearbeitung national und international
- Ächtung und Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen, allgem. Abrüstung, Rüstungskontrolle, Umbau der Rüstungsindustrie für polizeiliche Zwecke,
- Anerkennung kultureller Verschiedenheit, auch in den polizeilichen Einsatzkräften
- Entwicklung eines globalen Wohlstandsbegriffes im Sinne des Konzeptes der „menschlichen Sicherheit“ und „menschlichen Entwicklung“²⁷
- Terrorbekämpfung durch rechtstaatliche Gewalt, Bildung, Entwicklung und Teilhabe, nicht durch Krieg. „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten.“²⁸

ANHANG: Aus der Geschichte lernen?

Das „Darmstädter Wort“ von 1947 „Zum politischen Weg unseres Volkes“ war gegenüber der „Stuttgarter Schulderklärung“ von 1945 der Versuch einer aufrichtigen und tiefgreifenden theologischen und politischen Analyse konkreter kirchlicher Schuld und politischer Schuldzusammenhänge, die zur Katastrophe des 2. Weltkrieges und der Judenvernichtung geführt haben. Die EKD hat dieses Wort im Gegensatz zum Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR bis heute nicht offiziell anerkannt hat. Die Aktualität, die dieses Wort im Angesicht heutiger Militarisierung und Ökonomisierung des gesamten Lebens durch die sogenannte „westliche Wertegemeinschaft“ wieder bekommen hat, möge uns gute Weisung, Mahnung und Kraft sein in schwieriger Zeit:

1. Uns ist das Wort von der Versöhnung der Welt mit Gott in Christus gesagt. Dies Wort sollen wir hören, annehmen, tun und ausrichten. Dies Wort wird nicht gehört, nicht angenommen, nicht getan und nicht ausgerichtet, wenn wir uns nicht freisprechen lassen von unserer gesamten Schuld, von der Schuld der Väter wie von unserer eignen, und wenn wir uns nicht durch Jesus Christus, den guten Hirten, heim rufen lassen auch von allen falschen und bösen Wegen, auf welchen wir als Deutsche in unserem politischen Wollen und Handeln in die Irre gegangen sind.

2. Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, den Traum einer besonderen deutschen Sendung zu träumen, als ob am deutschen Wesen die Welt genesen könne. Dadurch haben wir dem schrankenlosen Gebrauch der politischen Macht den Weg bereitet und unsere Nation auf den Thron Gottes gesetzt. - Es war verhängnisvoll, daß wir begannen, unseren Staat nach innen allein auf eine starke Regierung, nach außen allein auf militärische Machtentfaltung zu begründen. Damit haben wir unsere Berufung verleugnet, mit den uns Deutschen verliehenen Gaben mitzuarbeiten im Dienst an den gemeinsamen Aufgaben der Völker.

3. Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine „christliche Front“ aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen.

4. Wir sind in die Irre gegangen, als wir meinten, eine Front der Guten gegen die Bösen, des Lichts gegen die Finsternis, der Gerechten gegen die Ungerechten im politischen Leben und mit politischen Mitteln bilden zu müssen. Damit haben wir das freie Angebot der Gnade Gottes an alle durch eine politische, soziale und weltanschauliche Frontenbildung verfälscht und die Welt ihrer Selbstrechtfertigung überlassen.

²⁷ Vgl. UNDP Bericht 1994 und EKD-Denkschrift, ebd S. 116ff: internationaler Schutz vor Gewalt und Not/Befähigungsgerechtigkeit

²⁸ EKD-Denkschrift, ebd S. 124

5. *Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, dass der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.*

6. *Indem wir das erkennen und bekennen, wissen wir uns als Gemeinde Jesu Christi freigesprochen zu einem neuen, besseren Dienst zur Ehre Gottes und zum ewigen und zeitlichen Heil der Menschen. Nicht die Parole: Christentum und abendländische Kultur, sondern Umkehr zu Gott und Hinkehr zum Nächsten in der Kraft des Todes und der Auferstehung Jesu Christi ist das, was unserem Volk und inmitten unseres Volkes vor allem uns Christen selbst Not tut.*

7 *Wir haben es bezeugt und bezeugen es heute aufs neue: „Durch Jesus Christus widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.“ Darum bitten wir inständig: Lasst die Verzweiflung nicht über euch Herr werden, denn C h r i s t u s ist der Herr. Gebt aller glaubenslosen Gleichgültigkeit den Abschied, lasst euch nicht verführen durch Träume von einer besseren Vergangenheit oder durch Spekulationen um einen kommenden Krieg, sondern werdet euch in dieser Freiheit und in großer Nüchternheit der Verantwortung bewusst, die alle und jeder einzelne von uns für den Aufbau eines besseren deutschen Staatswesens tragen, das dem Recht, der Wohlfahrt und den inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient.²⁹*

²⁹ Kirchliches Jahrbuch 1945-1948, Gütersloh 1950, S. 220 ff.